

ARBEITSMARKT

Lebenszufriedenheit durch Arbeit und Wohlstand schaffen

Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Die Frage nach der Lebenszufriedenheit steht hoch im Kurs der Politik. So befasste sich in der letzten Legislaturperiode eine Enquête-Kommission des Bundestages mit dem Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. 2015 hat die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger in einem groß angelegten Dialogprozess danach gefragt, was ihr Verständnis von Lebensqualität ist, um Hinweise für eine Neuausrichtung der Politik zu bekommen. Mit der Frage, ob Geld zu unserem Lebensglück beiträgt, beschäftigt sich seit einigen Jahrzehnten die Glücksforschung. Die Diagnose ist, dass steigender Wohlstand Gesellschaften ab einem bestimmten Niveau nicht mehr zufriedener macht. Träfe dieser Befund zu, würde dies Wirtschaftswachstum als Ziel der Politik deutlich in Frage stellen. Das Streben nach mehr Einkommen hat jedoch vielfältige positive Effekte. So erlaubt ein höheres Einkommensniveau mehr Ausgaben z. B. für Gesundheit, Umweltschutz, Sicherheit und Umverteilung. Die Politik sollte daher für wachstums- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen sorgen. Dies würde auch dazu beitragen, die gute Beschäftigungssituation in Deutschland zu sichern und so zu einer höheren Lebenszufriedenheit beitragen. Denn diejenigen, die Arbeit haben, sind in der Regel deutlich zufriedener als diejenigen, die arbeitslos sind.

Die Deutschen sind aktuell so zufrieden wie noch nie. Seit 2004 ist die Zufriedenheit kontinuierlich angestiegen, und es findet auch eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland statt. Untersuchungen zeigen, dass Arbeitslosigkeit einer der wichtigsten Gründe für die Unzufriedenheit der Menschen ist. Die gute Arbeitsmarktsituation dürfte daher ein wesentlicher Grund für die aktuell hohe Lebenszufriedenheit sein. Daraus lassen sich wichtige Schlussfolgerungen für die Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik ziehen: Für eine hohe Zufriedenheit der Menschen ist es zentral, sie im Falle von Arbeitslosigkeit

möglichst schnell wieder in Arbeit zu bringen. Das mit den Hartz-Reformen verfolgte Konzept des Förderns und Forderns hat daher auch aus der Perspektive der Lebenszufriedenheit Berechtigung.

Die ökonomische Glücksforschung befasst sich seit einigen Jahrzehnten intensiv mit dem Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit. Zentrale Ergebnisse sind, dass mehr Geld zufriedener macht und reichere Menschen zufriedener sind als Ärmere. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass Gesellschaften, die über die Zeit reicher geworden sind, nicht gleichzeitig zufriedener wurden. Dieses so genannte Easterlin-Paradoxon lässt sich damit erklären, dass Menschen sich an das höhere Einkommensniveau und den damit verbundenen besseren Lebensstandard gewöhnen, so dass dieser nicht zu einer höheren Zufriedenheit führt. Zudem zeigt die Forschung, dass für Menschen die relative Position in der Gesellschaft entscheidend ist und nicht die absolute. Ein höheres Einkommen erhöht also insbesondere dann die Lebenszufriedenheit, wenn der einzelne mehr hat als z. B. Kollegen, Nachbarn oder Verwandte. Der Vorschlag einer stärker progressiven Besteuerung, um den Wettlauf um immer höhere Einkommen zu verlangsamen, verkennt jedoch, dass das Streben nach mehr Einkommen viele positive Effekte nach sich zieht. So kann mehr Wohlstand in einer Gesellschaft zu mehr Sicherheit, einer besseren Gesundheit, einer höheren Lebenserwartung, mehr Bildung, mehr Teilhabe und mehr Ressourcen für Umverteilungsmaßnahmen beitragen. Damit führt ein höheres Einkommensniveau nicht nur zu individuell positiven Effekten, sondern wirkt sich auch gesellschaftlich vorteilhaft aus.

Aber nicht nur die politischen Implikationen des Easterlin-Paradoxons werden kontrovers diskutiert, sondern auch, ob es tatsächlich existiert. So kommen neuere Studien auf Basis besser vergleichbarer internationaler Daten zu dem Ergebnis, dass es einen strikt positiven Zusammenhang zwischen dem absoluten Einkommen und der Lebenszufriedenheit gibt. Zudem bestehen methodische Fallstricke: So sind die Angaben der Befragten stark abhängig von ihrer jeweiligen Stimmung. Auch das Befragungsdesign kann Auswirkungen auf das Antwortverhalten haben. Darüber hinaus erweist sich die Skala, auf der die Befragten ihre Lebenszufriedenheit einschätzen sollen, als Black Box. Denn jeder Befragte schätzt für sich selbst ein, was eine Zufriedenheit

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind derzeit so zufrieden wie nie.
- Mehr Einkommen macht zufriedener und bringt positive Nebeneffekte mit sich.
- Mehr Wohlstand kann in einer Gesellschaft zu mehr Sicherheit, besserer Gesundheit, höherer Lebenserwartung oder mehr Bildung beitragen.
- Arbeitslosigkeit ist einer der wichtigsten Gründe für Unzufriedenheit.

Politikempfehlung:

- Wachstums- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen.
- Arbeitsmarktpolitik darauf ausrichten, die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten und Arbeitslose möglichst schnell wieder in Arbeit zu bringen.

von 0 bzw. 10 bedeutet. Auch können sich die Referenzpunkte im Zeitablauf verändern, so dass ein Vergleich der Lebenszufriedenheit zu unterschiedlichen Zeitpunkten kaum möglich ist. Und nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob neben der augenblicklichen Zufriedenheit nicht auch relevant ist, wie lange man zufrieden leben kann. Diesen Aspekt der Glücksjahre misst der „Happy Life Years-Index“. In Europa sind nach diesem Index die Glücksjahre von 1973 bis 2004 um durchschnittlich 6,3 Jahre gestiegen.

Bei allen methodischen Herausforderungen, mit denen die Glücksforschung konfrontiert ist, lassen sich doch wichtige Schlussfolgerungen ziehen: Geld macht zufrieden. Höhere Einkommen erweitern die Auswahlmöglichkeiten und erlauben es, Ressourcen für Gesundheit, Bildung, eine höhere Umweltqualität etc. einzusetzen. Dies wirkt sich, genauso wie der Besitz eines Arbeitsplatzes, positiv auf die Lebenszufriedenheit der Menschen aus. Um zu einer hohen Lebenszufriedenheit beizutragen, sollte die Politik daher geeignete Rahmenbedingungen schaffen, die steigende Einkommen und niedrige Arbeitslosigkeit ermöglichen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Macht Geld doch glücklich? – Zum Verhältnis von Wohlstand und Lebenszufriedenheit“ mit Prof. Dr. Ronnie Schöb (Freie Universität Berlin) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf www.econwatch.org